

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 22.09.2022,  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr

### Anwesend:

### Mitglieder:

Silke Sommers	Bocholt	
Markus Schulte	Gronau	
Markus Jasper	Heek	
Annette Demes	Ahaus	
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Johannes Maus	Velen	
Stephanie Pohl	Gescher	
Christel Wegmann	Rhede	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Heiko Nordholt	Gronau	Vertretung für Herrn Daniel Höschler
Otger Harks	Stadtlohn	
Jens Steiner	Heek	
Vera Timotijevic	Bocholt	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Kevin Schneider	Isselburg	

### Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstandsmitglied
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Michael Weitzell	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Louis Lammersmann	
Laura Telaar-Wewering	
Franziska Stegger	

**Erledigung der Tagesordnung:**

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Personen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist. Landrat Dr. Zwicker weist auf die nachgereichten Unterlagen hin. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Kreisausschuss**  
**Vorlage: 0156/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Herr Louis Lammersmann wird zum Schriftführer für den Kreisausschuss bestellt.

Frau Laura Telaar-Wewering wird zur stellvertretenden Schriftführerin für den Kreisausschuss bestellt.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.06.2022**

---

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.06.2022 wird genehmigt.

**Punkt 3: Sachstand Corona-Krisenmanagement des Kreises Borken**  
**Vorlage: 0239/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster  
Kreissvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Kreisdirektor Dr. Hörster teilt mit, dass die Ständige Impfkommission (STIKO) noch keine Empfehlung für die an die Virusmutation angepassten Impfstoffe veröffentlicht habe. Das Gesundheitsministerium des Landes NRW erwarte diesbezüglich eine kurzfristige Information der STIKO. Kreisdirektor Dr. Hörster führt weiter aus, der Kreis Borken sei auf die Situation vorbereitet und erwarte einen Erlass des Ministeriums.

Kreisausschussmitglied Eisele erkundigt sich, ob bis zum Erlass des Ministeriums weiterhin der „alte“ Impfstoff verwendet werde. Herr Dr. Hörster bejaht dies, berichtet aber, der Kreis Borken verfüge bereits über neuen Impfstoff.

Der Sachstand zum Corona-Krisenmanagement des Kreises Borken wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 4: 1. Controllingbericht zum 30.06.2022**  
**Vorlage: 0233/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Kreiskämmerer Kersting berichtet, der Controllingbericht zum 30.06.2022 sehe „noch“ gut aus. Weiterhin weist er darauf hin, dass eine Pflegereform im tariflichen Bereich den Haushalt künftig belasten werde. Eine weitere Belastung des Kreishaushalts sei durch den SGB II-Bereich zu erwarten.

Bei den Personalaufwendungen sei im 2. Controllingbericht zum 30.09.2022 mit einer deutlichen Verschlechterung von ca. 4 Mio. € zu rechnen. Ursache sei eine Aktualisierung des Heubeck-Gutachtens zu den Pensionsverpflichtungen.

Der Kreistag nimmt den 1. Controllingbericht zum 30.06.2022 zur Kenntnis.

---

**Punkt 5: Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts für das Jahr 2021**  
**Vorlage: 0177/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreis Borken nutzt nach § 116a GO NRW die Möglichkeit, von der Pflicht einen Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2021 aufzustellen, befreit zu werden, da die erforderlichen Voraussetzungen für die Befreiung nach § 116a GO NRW vorliegen.

---

**Punkt 6: Beteiligungsbericht 2021**  
**Vorlage: 0176/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Beteiligungsbericht 2021 wird zugestimmt.

---

**Punkt 7: Verwendung des Jahresüberschusses 2021 der Sparkasse Westmünsterland**  
**Vorlage: 0191/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der geplanten Verwendung der Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2021 der Sparkasse Westmünsterland entsprechend § 25 Abs. 3 Sparkassengesetz NRW und § 12 Abs. 1 Satz 2 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland zu.

---

**Punkt 8: Anpassung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken**  
**Vorlage: 0263/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Kreisausschussmitglied Nordholt nimmt Bezug auf § 2 Abs. 5 der Gebührensatzung des Kreises Borken. Die Vorschrift der Gebührensatzung ist wegen einer Umsatzsteuerreform in den Fokus gerückt. Herr Nordholt schlägt vor, § 2 Abs. 5 der Gebührensatzung des Kreises Borken um den Zusatz „und wird offen ausgewiesen“ zu ergänzen.

Landrat Dr. Zwicker teilt mit, dieser Vorschlag werde vonseiten der Verwaltung bis zur Sitzung des Kreistags geprüft. Der Kreistag beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken vom 30.09.2022.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken vom 30.09.2022.

---

**Punkt 9: Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen**  
**Vorlage: 0269/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker  
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Zwicker berichtet, es habe zuvor Gespräche mit der EGW und der Abfallkommission über das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) gegeben. Ob sich nach den 30.09.2022 eine Erhöhung ergäbe, sei derzeit noch unbekannt, da das BEHG bislang nicht in geltendes Recht umgesetzt wurde. Sofern eine Umsetzung in geltendes Recht erfolge, sei auch eine Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen erforderlich.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die im Entwurf beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen für den Kalkulationszeitraum 2023.

Sollte entsprechend des aktuell dem Bundestag vorliegenden Entwurfs eines 2. Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes die thermische Behandlung von Abfällen in das nationale Emissionshandelssystem ab dem 01.01.2023 aufgenommen werden,

wird sich der Kreistag aufgrund der erwarteten gravierenden Auswirkungen auf die Abfallgebühren erneut mit dieser Satzung befassen.

**Punkt 10: Errichtung bzw. Erweiterung des Bildungsganges "Fachkraft Küche " am Berufskolleg Lise Meitner in Ahaus  
Vorlage: 0204/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

**Beschluss:** einstimmig

Vorbehaltlich der schulaufsichtlichen Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster wird am Berufskolleg Lise Meitner in Ahaus rückwirkend ab dem Schuljahr 2022/2023 der Bildungsgang „Fachkraft Küche“ nach Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs (APO-BK) eingerichtet.

**Punkt 11: Interkommunale Zusammenarbeit zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und dem Kreis zur Erarbeitung und Umsetzung eines kreisweiten Wald- und Vegetationsbrandkonzeptes  
Vorlage: 0251/2022/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreis Borken beteiligt sich an einer Kooperation der Städte, Gemeinden und des Kreises zur Erstellung eines gemeinsamen Wald- und Vegetationsbrandkonzeptes mit dem Ziel einer einheitlichen Ausbildung, Taktik und Ausstattung der Feuerwehren zur Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden.

Zur Projektplanung und -umsetzung werden federführend durch den Kreis Borken Zuwendungen aus der Förderrichtlinie für neue Interkommunale Kooperationen in Nordrhein-Westfalen beantragt. Im späteren Projektverlauf ist beabsichtigt, für die Förderung und die Zusammenarbeit einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen.

**Punkt 12: INTERREG-Projekt Fokus Arbeitsmigranten im grenzüberschreitenden Kontext  
Vorlage: 0222/2022/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Frau Dr. Schwenzow berichtet in diesem Zusammenhang von einer guten Entwicklung der Projektabstimmungen mit den Beteiligten.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Teilnahme des Kreises Borken an dem geplanten INTERREG-Projekt zur Thematik Arbeitsmigranten:innen im grenzüberschreitenden Kontext wird zugestimmt.
2. Der Kreis Borken stellt finanzielle Mittel in Höhe von maximal 25.000 € für das geplante INTERREG-Projekt zur Verfügung. Angestrebt wird die Projektdurchführung in den Jahren 2023 bis 2025.

**Punkt 13: Gründung einer Trägergemeinschaft zur Einrichtung und Betrieb eines Telenotarztsystems**  
**Vorlage: 0212/2022/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, eine Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Interkommunale Zusammenarbeit zur Gründung einer Trägergemeinschaft zur Einrichtung und zum Betrieb eines Telenotarztsystems für die Kreise Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt, Warendorf und der Stadt Münster zu schließen.

**Punkt 14: Tarifmaßnahmen im Münsterland 2023ff – Grundlagen, Handlungsspielräume und Wirkungsanalysen vor dem Hintergrund steigender Kosten und hoher Einnahmeausfälle**  
**Vorlage: 0231/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker  
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen habe den Sachverhalt ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss weitergereicht, teilt Landrat Dr. Zwicker mit.

Dr. Schwenzow erinnert, es habe früher lediglich Tarife auf Kreisebene gegeben, man habe sich aber in der Vergangenheit schon darauf einigen können, größere Gebiete, über Kreisgrenzen hinweg, bei der Tariffestlegung zu berücksichtigen (Tarifgemeinschaften). Mit diesem Beschluss werde sichergestellt, dass an der Kreisgrenze keine neuen Tickets durch die Fahrgäste erworben werden müssen. Hierbei handle es sich um einen Kompromiss zwischen den Akteuren. Sofern es zu keiner Befürwortung käme, greife ein Indexsystem. Infolgedessen könnten ab August 2024 sehr hohe Preissteigerungen resultieren.

Weiter schildert Dr. Schwenzow, insbesondere der Fahrermangel führe zu höheren Löhnen, was sich wiederum auch auf die Höhe der Ticketpreise auswirke. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hätten bereits sechs Kreise ihre Zustimmung signalisiert.

Kreisausschussmitglied Jasper teilt mit, es handle sich um eine gute Lösung für Verkehrsbetriebe, angesichts der Ausgangslage. Die mittelständische Marktstruktur der Busunternehmen müsse erhalten bleiben. Eine maßvolle Preiserhöhung helfe gegenwärtig weiter und eine Senkung sei in der nächsten Tarifverhandlung nicht ausgeschlossen.

Frau Lindenhahn erwidert, es mache keinen Sinn, die Preise zu erhöhen, da der ÖPNV für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Auslaufen des 9,- €-Tickets nicht mehr erschwinglich sei. Viele Eltern könnten selbst Kinder nicht mehr mit dem ÖPNV fahren lassen. Des Weiteren würden viele Personen auch zukünftig das Auto anstatt die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, weil dies preiswerter sei. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Der ÖPNV müsse bezahlbar sein und eine Nachfolge des 9,- €-Tickets werde ausdrücklich begrüßt, führt Kreisausschussmitglied Schneider aus. Wenn keine mehrheitliche Zustimmung erfolge, würden jedoch einige Linien unmittelbar wegbrechen, was insgesamt zu einer Schwächung des öffentlichen Nahverkehrs führe und vermieden werden müsse.

Kreisausschussmitglied Steiner trägt vor, es gäbe immer wieder die gleiche Diskussion, weil eine „Gefangenschaft“ im System bestehe. Eine Steigerung der Ticketpreise sei paradox, weil nach zuletzt getroffenen Beschlussfassungen eine Senkung angestrebt werden sollte. Seit Jahren beklagte man die strukturelle Situation zur Entscheidungsfindung, hätte sie aber nicht geändert. Zwar müsse der Busbetrieb entlohnt werden, dennoch dürften die Unternehmen nicht den Tarif bestimmen.

Kreisausschussmitglied von Borcyskowski fragt sich, wie man aus dem „Kreislauf“ herauskomme. Eine Entscheidung könne nicht lediglich deswegen getroffen werden, weil diese alternativlos erscheine. Ziel müsse es sein, die Strukturen durch einen ablehnenden Beschluss aufzubrechen, da leere Busse in Folge überhöhter Ticketpreise keine Alternative darstellten.

Frau Dr. Schwenzow berichtet vom kreisweiten Job-Ticket (69 Euro), welches im August eingeführt wurde. Die „Stadtlösung“ koste lediglich 39 Euro. Damit seien die Tickets im Gegensatz zu Einzelfahrkarten um bis zu 50% günstiger.

Es gäbe unterschiedliche Preise für gleichen Strecken, beklagt Kreisausschussmitglied Eisele. Dies sei nicht nachvollziehbar. Außerdem weist Herr Eisele auf das easyTicket im Internet hin und berichtet von einer Benachteiligung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, da in dieser Alterskategorie häufig keine Internetkenntnis vorläge.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn stimmt zu, dass das easy-Ticket viele Menschen ausschließe und die digitalen Angebote noch nicht ausreichend bei allen Menschen angekommen seien.

Die Bundesregierung müsse die Nachfolge des 9,- €-Tickets beschließen, ergänzt Kreisausschussmitglied Jasper. Es sei bereits absehbar, dass Kostensteigerungen für die kommenden Jahre nicht abgedeckt seien. Dahinter lägen die Verträge mit den Verkehrsbetrieben. Auch die Regionalverkehr Westmünsterland GmbH (RVM) beschäftige Subunternehmer. Hier könnte es bei Ticketpreissteigerungen zu Abbestellungen von Linien, insbesondere der Nachtbuslinien, kommen.

Kreisausschussmitglied Himmel betont, es liefen bereits Abstimmungen mit den maßgeblichen Akteuren, um die Entscheidungsmechanismen zu verändern.

### **Beschluss:**

- 10 Ja-Stimmen
- 7 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Tarifausschusses Münsterland, der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe und im Westfalen-Tarif-Ausschuss für eine Tarifierhöhung zum 01.08.2023 bis 3,5 % abzustimmen, wobei die gegenüber dem Basiswert von 2,15 % erhöhte Steigerung in der Tarifmaßnahmen 2024 berücksichtigt werden muss.

---

**Punkt 15: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 8**  
**Vorlage: 0234/2022/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Linie 853 (Bündel 8) das wettbewerbliche Verfahren nach den in der Sachdarstellung beschriebenen Vorgaben einzuleiten.

---

**Punkt 16: Fortschreibung der Elternbeitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege**  
**Vorlage: 0258/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet über die einheitliche Lösung im Kreisgebiet zur Fortschreibung der Elternbeitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege. Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Borken sowie die Jugendhilfeausschüsse der Städte Bocholt und Borken hätten jeweils einstimmig über die Fortschreibung der Elternbeitragssatzung entschieden. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses Ahaus stünde zurzeit noch aus. Ziel müsse es sein, eine möglichst kreisweite Lösung (mit Ausnahme der Stadt Gronau) zu fokussieren. Die Stadt Gronau habe bereits mitgeteilt, dass sie dem Bündnis künftig beitreten möchte, wenn die kreisweiten Beiträge an denen der Stadt angepasst wurden und das gleiche Niveau erreicht haben.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn regt an, die Beratung und Entscheidung über den Tagesordnungspunkt in die Kreistagssitzung zu vertragen.

Landrat Dr. Zwicker bestätigt nach entsprechender Zustimmung der Anwesenden die Verschiebung des Tagesordnungspunktes in die Kreistagssitzung.

Herr Schneider teilt mit, er sei in der Kreistagssitzung abwesend, hätte sich aber bei der Abstimmung enthalten. Als Grund nennt er die unterschiedliche Dynamisierung. Herr Schneider schlägt vor, die Anpassungen der Beitragsgruppen und Grenzwerte für Beitragshöhen synchron vorzunehmen.

**Beschluss:** **zurückgestellt/vertagt**

---

**Punkt 16.1: Fortschreibung der Elternbeitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege; Antrag der SPD-Fraktion v. 19.05.2022**  
**Vorlage: 0163/2022/KREIS/1**

---

**Beschluss:** **zurückgestellt/vertagt**



**Punkt 17: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge**  
**Vorlage: 0211/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker  
Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Es gäbe weiterhin erheblichen Wohnraumbedarf durch die Zuwanderung von Flüchtlingen, informiert Landrat Dr. Zwicker. Bisher sei die Sicherstellung von Wohnraum durch das Ehrenamt und große kommunale Bemühungen gelungen. Es laste ein großer Druck auf den für die Unterkunft verantwortlichen Städten und Gemeinden.

Kreisausschussmitglied Schneider spricht im Namen der gesamten FDP-Fraktion Dank in Richtung Kreisverwaltung aus. Die Kreisverwaltung sei wiederholt in Krisen gut vorbereitet.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn fragt, wie die Betreuung in Schulen des Kreises Borken erfolge und wie es mit der digitalen Beschulung von Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine aussehe.

Nach Information des Ausschusses für Schule und Bildung sei die Integration in den Schulen gut gelungen, teilt Kreisdirektor Dr. Hörster mit. Es gäbe eine enge und strukturierte Vorgehensweise. Insgesamt wurden im Kreis Borken bereits 3.500 ukrainische Geflüchtete aufgenommen.

Kreisausschussmitglied Wegmann ergänzt, dass sich häufig mehrere ukrainische Flüchtlinge in einer Klasse befänden und eine große Hilfsbereitschaft zwischen den Schülerinnen und Schülern bestehe.

Kreisdirektor Dr. Hörster führt aus, der Rechtskreiswechsel im SGB II-Bereich sei gut gelungen. Zurzeit gäbe es 1.100 Bedarfsgemeinschaften mit ukrainischem Hintergrund. Dieser Umstand habe aber auch zu einer Steigerung der SGB II-Quote geführt.

Frau Demes berichtet von positiven Integrationserfahrungen im persönlichen Umfeld.

Kreisausschussmitglied Eisele betont, der Austausch mit den Städten und Gemeinden sei weiterhin wichtig. Eine etwaige Turnhallenbelegung sei allerdings keine Dauerlösung.

Kreisseitig stünde eine Turnhalle im „Stand-By“ für den Fall fehlender Alternativen zur Verfügung, schildert Landrat Dr. Zwicker.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen

**Punkt 18: Dach- und Fassadenbegrünung von kreiseigenen Gebäuden**  
**Vorlage: 0272/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisausschussmitglied Jens Steiner  
Kreisausschussmitglied Vera Timotijevic  
Kreisausschussmitglied Richard Henrichs  
Kreisausschussmitglied Robert Brandt

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen kommenden kreiseigenen Neubauten eine Fassaden- und Dachbegrünung sowie die Errichtung von PV-Anlagen sorgfältig zu prüfen und im Rahmen von Baubeschlüssen darüber zu berichten.

**Punkt 19: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien**

---

keine

**Punkt 20: Mitteilungen der Verwaltung**

---

keine

**Punkt 20.1: Information über die Genehmigung einer Dienstreise**  
**Vorlage: 0274/2022/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Kreisausschussmitglied Maus berichtet von der Entgegennahme des Preises „Blauer Kompass“ von Bundesumweltministerin Lemke in Berlin.

**Punkt 21: Anfragen**

---

**Punkt 21.1: Sachstand Reaktivierung der Bahnstrecke Bocholt - Rhede - Borken**

---

Berichterstatter: Kreisausschussmitglied Markus Jasper

Kreisausschussmitglied Jasper nimmt Bezug auf die vergangene Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauen und erkundigt sich aufgrund einer Pressemitteilung der Westmünsterlandbahn GmbH nach neuen Erkenntnissen.

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow erklärt, ein Planfeststellungsverfahren sei voraussichtlich notwendig. Nach gegenwärtiger Rechtslage sei bei allen Straßen mit relevantem Verkehr der Bau niveaugleicher Kreuzungen unzulässig.

Auf Nachfrage von Frau Timotijevic ergänzt Dr. Schwenzow, Ausnahmen seien grundsätzlich möglich (etwa bei Straßen, welche von weniger als 500 Kraftfahrzeugen pro Tag befahren werden), aber nicht die Regel.

---

gez.  
Dr. Kai Zwicker

---

gez.  
Louis Lammersmann